

# Danziger Zeitung.

№ 6706.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbaggasse No. 4) und auswärts bei allen Kgl. Postämtern angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reimer und Rud. Mosse; in Leipzig: C. G. J. Neumann, Neumann, Neumann; in Hamburg: H. A. Schöningh & Co.; in Frankfurt a. M.: C. E. D. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

## Deutschland.

\* Berlin, 31. Mai. Der Einzug der Truppen findet, wie nun auch die „Prov. Corr.“ bestätigt, am Freitag den 16. Juni, die Enthüllung des Denkmals Friedrichs III. im Lustgarten am 17. statt. Daran soll sich Sonntag, den 18. Juni, ein allgemeiner Dankgottesdienst schließen. An dem Einzuge der Truppen, welcher von dem südlichen Theile der Stadt aus und alsdann durch das Brandenburger Thor stattfinden soll, wird das Gardecorps in seiner Gesamtheit theilnehmen, während die sämtlichen übrigen Truppentheile des deutschen Heeres durch Deputationen vertreten sein werden. Aus den 3 Bataillonen des Königs-Grenadier-Regiments Nr. 7, dessen Chef der Kaiser ist, wird ein combinirter Bataillon gebildet und nebst Fahne zu der Feier entsendet werden. Außerdem nehmen an dem Einzuge eine Abtheilung Landwehr, welche aus sich freiwillig Meldenden des Reserve-Landwehr-Bataillons (Berlin) Nr. 35 gebildet wird, sowie Deputationen der militärischen Behörden des deutschen Heeres theil. Die Kaiserin wird am 15. aus Baden hier eintreffen, um den Einzugs-Festlichkeiten beizuwohnen. Die von den städtischen Behörden für diese Feier gebildete Deputation hat beschlossen, die früher bereits mitgetheilten Arrangements, für welche 110,000 Thlr. veranschlagt sind, zur Ausführung zu bringen. Da von dem für diesen Zweck, der Bewirthung des Reichstages u. d. d. willigten Credit noch etwa 28,000 Thlr. ausserdem disponibel sind, so soll am Tage vor dem Einzuge denjenigen Frauen von Landwehrmännern und Reservisten Berlins, deren Männer nicht mit einziehen, eine Extra-Unterstützung von je 5 Thlr., und denjenigen Landwehr- und Reservisten-Frauen, deren Männer im Kriege geblieben sind, eine solche von je 20 R. gewährt werden. In Beziehung auf die projectirte Auschwändung erzählt man, daß seitens der Stadt die vier Plätze vor dem Halleschen, Anhaltischen, Potsdamer und Brandenburger Thor, sowie das Letztere selbst, der Pariser Platz und die Straße unter den Linden festlich mit Masten, Girlanden, Fesseln und namentlich mit gemalten Tableaux, welche die Hauptmomente dieses Krieges darstellen, festlich geschmückt werden sollen, während die Lindenpromenade durch die Auffstellung der erbeuteten Geschütze und Kriegstrophäen ihren Schmuck erhalten wird. Mit dem Friedrichs-Denkmal wird die Auschwändung der via triumphalis abschließen, da bei der Blüthenparade die Parade der einziehenden Truppen vor dem Kaiser und der anwesenden deutschen Fürsten stattfindet. Dagegen wird die Schloßbrücke wieder geschmückt sein. Tribünen werden von Seiten der Stadt nur zwei aufgerichtet werden, und zwar eine auf dem Platze vor dem Halleschen Thor für die männliche Schönlugend Berlins und die andere mit 15,000 Plätzen am Pariser Platz neben dem früheren Steuergebäude für die Mitglieder des Reichstages und des Landtages (soweit die Letzteren hier anwesend sein werden), für die Vertreter der verschiedenen Militär- und Civilbehörden und Corporationen, sowie für die ungefähre 5000 unbefoldeten Gemeindefunktionäre. Auf der anderen Seite des Pariser Platzes, neben der Wache, werden zwei Podien errichtet und zwar eines für die bereits ausgewählten Ehrenbürgerinnen aus der Bürgerschaft und das zweite für die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung und die Stadtältesten. Die ferner verlautet, wird die offizielle Begrüßung Namens der Stadt am Brandenburger Thor stattfinden und zwar zunächst durch die Ehrenbürgerinnen und dann durch eine Ansprache des Oberbürgermeisters oder, im Falle dessen Behinderung, des Bürgermeisters.

\* Auch die „Provinzial-Correspondenz“ verlangt, daß der Reichstag die beiden vom Fürsten Bismarck beauftragten Gesandten in dem Ges. über Elsaß-Lothringen wieder zurücknehme. „Vollkommen“ sagt sie — muß das Mißtrauensvotum in Betreff der Anlehen fallen, weil dasselbe eben je sehr der Selbstständigkeit und den Bedürfnissen der neuen wachsenden Lande zuwider ist, wie es das Ansehen des leitenden Staatsmannes schädigt. Rum-minder wünschenswerth ist, daß die Uebergangsfrist bis zum Jahre 1874 beibehalten werde. Nicht für die Zwecke der Willkür oder der Bequemlichkeit wird eine neue Frist gefordert. Sie ist durch die Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens geboten und soll dazu dienen, den Ansprüchen der neuen Reichsbürger an das Vaterland durch angemessene Zugeständnisse zu fördern. Eine Verlängerung des in der Vorlage beantragten Zeitraumes ist leicht und unbedenklich, wenn das gewünschte Ergebnis wider Verhoffen schnell eintreten sollte; dagegen würde ein nachträglicher Hinausschieben der Frist als ein schlimmes Zeugnis für das Land wie für dessen Verwaltung gedeutet werden und den Widersachern Deutschlands zu schadenfrohen Kundgebungen oder gar zu gefährlichen Unruhen Anlaß geben. Fürst Bismarck dürfte mit vollem Recht sich als den natürlichen Anwalt des neuen Reichslandes hinstellen. Er hat durch unzweideutige Reden bewiesen, daß er für die Bedürfnisse und Wünsche der neuen Vaterlandsgenossen mit vollem Verstandnis und erfolgreichem Eifer thätig ist, daß er auf diesem Gebiete, wie überall, den höchsten nationalen Zielen zustrebt. In der Zeitung Elsaß-Lothringen, wie an der Spitze der Reichsregierung, ist seine Persönlichkeit eine wesentliche Bürgschaft alles Gelingens. Deshalb ist es die Pflicht des Reichstages, Beschlüsse zu vermeiden, durch welche eine solche Kraft brach gelegt werden könnte, und mit patriotischer Hingebung die Wirksamkeit des hochverdienten Staatsmannes zu unterstützen.

Wie die „Corr. St.“ berichtet, hat Bismarck einige leichte Correcturen seiner Aeußerungen in der Commission, wie sie der Protokollführer niedergeschrieben, vorgenommen, die zum Theil Milderungen des Ausdrucks sind. Unter Anderem hat er auch da, wo der Protokollführer „Elsaß-Lothringen“ geschrieben, die Bindestrichen entfernt und daraus „Elsaß und Lothringen“ gemacht. Die „Corr. St.“ legt diese Aenderung aus als „Beseitigung jeder Gedankens 1) an die Aufrichtung eines selbstständigen Kleinstaats, und 2) an eine Gesamtverwaltung für Elsaß und Lothringen.“

— Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes über die Bestellung des Bundes-Oberhandelsgerichtes zum obersten Gerichtshof für Elsaß und Lothringen zugegangen. § 2 verordnet, daß die Zuständigkeit und das Prozedurverfahren sich nach den in Elsaß und Lothringen für den obersten Gerichtshof geltenden Gesetzen bestimmen, daß jedoch ein besonderes Admissionsverfahren über das Cassationsgesuch nicht statt hat; § 3 ermächtigt den Präsidenten des Bundesoberhandelsgerichtes, die zur Ernennung eines besonderen Staatsanwalts für Elsaß-Lothringen, ein Mitglied des Gerichtshofes, einen in Leipzig angestellten Staatsanwalt oder einen dort wohnenden Advokaten mit der Führung der staatsanwaltlichen Geschäfte zu betrauen. § 4 eröffnet den Elsaß-Lothringern qualifizierte Richter den Weg zur Mitgliedschaft des obersten Gerichtshofes, und § 5 berechtigt die in Elsaß-Lothringen zur gerichtlichen Praxis fest zugelassenen Advokaten zur Praxis beim Bundes-Oberhandelsgericht, einschließlich der zur Instruction der Rechtsmittel dienenden Handlungen, sowie zur Niederlassung am Orte des Gerichtshofes.

— Der Director des statistischen Bureaus für Preußen, Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Engel, hat dem Bundesrath den Plan eines geographischen Wörterbuchs des deutschen Reichs vorgelegt, der dahin geht: 1) an die Stelle der bloßen Ortsverzeichnisse umfassende Beschreibungen treten zu lassen; 2) auch die Verwaltungsbezirke, Provinzen, Staaten statistisch darzustellen, und dann 3) den geographischen Stoff, einschließlich aller benannten Ortlichkeiten, welche nicht Wohnplätze sind (wie Berge, Gewässer u. s. w.) mit aufnehmen. Die vom Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Engel rund um 100,000 Thlr. angeschlagenen Kosten sollten aus Reichsmitteln vorgeschossen werden, mit der Aussicht, die Hälfte dieses Betrages wieder durch Einnahmen aus dem Verkauf des Werkes gedeckt zu sehen.

— Es scheint jetzt Aussicht vorhanden, daß die directe telegraphische Verbindung zwischen den Ver. Staaten von Nordamerika und Deutschland endlich verwirklicht wird. Einem englischen Telegramm zufolge hat Fürst Bismarck einem Projekte zur Legung eines submarinen Kabels von Vortum, an der Nordküste von Deutschland und Lowestoff seine Zustimmung erteilt. Telegramm-nach Amerika würden dann von Lowestoff via Vortum befördert werden. Das zur Legung des Kabels erforderliche Kapital ist auf eine Million Thaler veranschlagt und der neuen Kabelgesellschaft wird mit Genehmigung des Fürsten Bismarck der deutsche Generaldirector der Telegraphen, Oberst Chauvin, als Mitglied angehören.

\* Die „Volks-Zig.“ hatte bekanntlich kürzlich die Nachricht gebracht, daß bei Gelegenheit der Wahl des Abg. v. Kuiserow, Hr. v. Schweiger von der nat. liberalen Partei in Elberfeld 400 R. erhalten haben sollte, um für die Wahl zu wirken. Diese Nachricht ist von Hr. Schweiger sofort in Abrede gestellt, ohne daß die „Volks-Zig.“ darüber bis jetzt eine Aufklärung für nötig gehalten hätte. Die „Berl. Aut. Corr.“ kommt heute auf die Angelegenheit zurück und giebt an, daß Hr. Schweiger nicht in Elberfeld, wohl aber im Wahlkreise Hagen jene Summe erhalten habe von einer Coalition, die sich dort gegen die Wiederwahl Hartorts gebildet hatte. So sei es denn gekommen, daß dort die Socialdemokraten für den conservativen Candidaten gestimmt hätten.

— Polen, 31. Mai. [Zum Einquartierungs-wesen.] Da während des letzten Krieges unsere Stadt meistens für 7000 Mann Privatquartier zu leisten hatte, indem ein großer Theil der Kaiserlichen und kaiserl. Festung von den 11,000 französischen Gefangenen, welche hier bisher lagen, befreit war, so hatte der Magistrat, um die übrigen Einwohner unserer Stadt nicht übermäßig zu belasten, die Beamten von der vollen Höhe ihres Gehaltes zur Einquartierung herangezogen. Von einer großen Anzahl der Letzteren wurde in einer Gesamtschwerde dagegen Protest erhoben, und haben nun sowohl die R. Regierung, als das Oberpräsidium und das Ministerium verfügt, daß die Beamten nur von der Hälfte ihres Gehaltes zur Einquartierung in Anspruch genommen werden sollen. Die Behörden sind bei dieser Entscheidung von dem Grundsatze geleitet worden, daß die Einquartierungslast eine Gemeindeflast sei, zu der, wie zu allen übrigen Gemeindeflasten, die Beamten nach dem Gesetze vom 11. Juli 1822 nur von der Hälfte ihres Dienstverdienstes herangezogen werden dürfen, während der Magistrat der Ansicht war, die Einquartierungslast sei eine Staatslast, welche durch die Gemeinde zur Verteilung gelange. Auch die zahlreichen Geistlichen unserer Stadt hatte der Magistrat zur Einquartierung herangezogen, und hat jedoch davon Abstand nehmen müssen, indem die R. Regierung denselben Grundsatze geltend machte, daß die Einquartierung eine Gemeindeflast sei, von der ebenso, wie von allen übrigen Gemeindeflasten, nach den Bestimmungen der Städteordnung Geistliche und Elementarlehrer befreit seien. In demselben Sinne hat sich auch das Ministerium ausgesprochen. Der Magistrat ist nun ausserdem von der Rgl. Regierung angewiesen worden, den Beamten für die während des Krieges zu viel auferlegte Einquartierung Schadenersatz zu leisten. Vermuthlich wird zu diesem Zwecke ein Theil der Servisgelder verwendet werden, welche die Stadt in Höhe von 45,000 R. für die während der Kriegszeit geleistete Einquartierung erhalten hat, und soll für jeden zu viel auferlegten Mann

Einquartierung den Beamten 12½ R. Schadenersatz gezahlt werden, ein Gesamtbetrag von etwa 8000 R. Der Restbetrag soll alsdann zu 5 R. pro Mann Einquartierung gleichmäßig an die Beamten und übrigen Einwohner zur Verteilung gelangen. Eben so wie auf administrativem Wege ist der Magistrat auch auf dem Wege der gerichtlichen Klage, welche gegen ihn von einzelnen Beamten angestrengt worden ist, zum Schadenersatz verurtheilt worden, indem das hiesige Kreisgericht gleichfalls die Einquartierungslast für eine Gemeindeflast erachtet und die Ansicht des Magistrats nicht theilt, daß die Heranziehung aller Stadtbewohner zur Einquartierungslast lediglich auf Grund des Kriegszustandes vom Jahre 1851 zu erfolgen habe.

Mainz, 28. Mai. Von hier aus ist dem Reichstage eine Petition eingekommen, worin ein Gesetz, nach welchem „das Deutsche Volk in seiner Gesamtheit es übernimmt, die durch den Krieg an ihrem Eigenthum geschädigten Bewohner zu entschädigen, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben in Festungen, offenen Städten oder auf dem flachen Lande wohnen“. Diese Petition wird Unterstützung finden in dem Seitens der bairischen Regierung beim Bundesrath gestellten Antrage auf Entschädigung der Bewohner von Regl. und Alt-Breisach. Unzweifelhaft hat der Hypothekendarlehen durch die Erfahrungen des letzten Krieges einen argen Stoß erlitten. Die Feuerversicherungs-Gesellschaften schließen den durch kriegsliche Ereignisse, durch Ueberfall bewaffneter Mächte, durch unheimliche Gewalt u. s. w. entstandenen Brandschaden aus. Mögen die Entschädigungen, welche auf Grund eines solchen Gesetzes von dem Reiche geleistet werden müßten, noch so groß sein, immerhin ist es nothwendig und nur gerecht, daß die Gesamtheit für die Schädigung des Einzelnen eintreffe.

Aus Bayern, 29. Mai. In vielen bayerischen Städten bestrebt sich die Gemeindevertretung durch Aufstellung eines weltlichen Schulrathes die Schule, so weit es innerhalb der bestehenden gesetzlichen Normen möglich ist, von dem Einflusse und der Bevormundung der Kirche zu emancipiren. Dem Beispiele Münchens folgend, soll jetzt auch in Nürnberg, Regensburg, Passau ein weltlicher Schulrath angestellt werden. — Vom Bezirksgerichte in Passau wurde der katholische Pfarrer Kasberger von Wollaberg wegen Vergehens der Verleumdung zu 1 Monat Festungshaft und Tragung der Kosten verurtheilt. Der Thatbestand der Anklage gründete sich darauf, daß der Geistliche die Angehörigen seiner Gemeinde vor dem Besuche eines bestimmten Wirthshauses warnte, da dasselbst „schlechte Zeitungen“ aufhängen und über die heilige Beichte geschimpft werde. Die Rache des Himmels werde früher oder später über dies Haus kommen und der Fluch Rind und Kindeskinde treffen. Der Staatsanwalt hatte eine Arreststrafe von 4 Monaten Gefängnis und 300 R. Geldstrafe beantragt.

Wien, 29. Mai. Der Bericht unseres Botschafters zeigt, schreibt man der „Fr. Z.“, daß wir seit dem Sturze des Bürgerministeriums mit Riesenschritten einem neuen Bankrotte zueilen. Da die Ausgaben für die Armee allein bei unserer Reichshälfte um 30 Mill. mehr pro 1872 als im Vorjahre betragen, haben im laufenden Jahre bloß die Erblande, bei 298 Mill. Einnahme auf 351 Mill. Erforderniß, ein Deficit von 53 Millionen, das durch Verminderung des Staatseigenthums auf 11½ Mill. herabgemindert werden muß. Nach Veräußerung und Liquidation von 42 Millionen Staatsbesitzungen und Staatsforderungen bleiben noch gegen 12 Mill. im Wege des Credits für Cisleithanien allein zu decken!

Frankreich. Die Regierung ist eifrig mit Herstellung der Polizei- und der Seine-Präfectur beschäftigt; Leon Say und Cochin haben die meisten Ausichten, Nachfolger Valentins zu werden. Say, einer der thätigsten jüngeren Mitarbeiter an den Debats, ist Freidenker und einer von den drei Deputirten, die gegen die von der National-Versammlung angeordneten öffentlichen Gebete gestimmt haben, während Cochin durch seine sehr weitgehenden katholischen Gefühle bekannt ist. Man ist neugierig, wen Thiers wählen wird; und da der Chef der Executive in sich Beides zu vereinigen weiß — Voltairianismus und weltliche Macht des Papstthums — so ist gar nicht vorherzusagen, wer siegen wird. Die Polizei-Präfectur ist Claude zugebach, der bei den Ereignissen der letzten Monate vielen Muth und Verstand bewies.

\* Telegramme der „Daily News“ aus Versailles vom 28. Mai beweisen, daß dort immer noch Furcht und Nothzucht die Gemüther beherrschen. „Es herrscht hier, heißt es in demselben, Furcht in Betreff der angeblichen Absicht, die Brandstiftungen der Commune über ganz Frankreich zu verbreiten. Versailles selbst, so geht das Gerücht, soll mit Petroleum bedroht sein. In Fontainebleau sind Personen verhaftet, unter der Beschuldigung, daß sie den Wald haben in Brand setzen wollen. Auch zu Marseilles soll eine Brandverschwörung entdeckt sein. Viele Verhaftungen haben stattgefunden, darunter auch die von Naquet, der in dem Polizeibericht als Hauptverführer figurirt. Seine Frau versuchte, bis an die Bahne bewaffnet, den General Esquivent zu erschlagen, als er an der Spitze eines Detachements ihren Mann verhaften kam. Naquet war unter Gambetta Präfect in Corsica. — Man berechnet, daß 40,000 Insurgenten seit dem Eindringen der Truppen in Paris getödtet und 36,000 gefangen genommen sind. — „Soir“ sagt, daß mehrere Deputirte, welche Satorj befehligt haben, erschredt sind über den schred-

lichen Zustand, in welchem sich die Gefangenen befinden. Tausende schlafen ohne Dach auf der schmutzigen Erde und erhalten nur schwarzes Brod und unzureichende Rationen Wasser. Frauen und Männer sind durcheinander eingesperrt. Viele Personen, die diese barbarische Behandlung erduldet, haben bereits ihre Unschuld nachweisen können. Das Versailler Kriegsgericht, welches gestern zum ersten Mal saß, hat verschiedene Personen, „als irrtümlich verhaftet“, losgelassen. Von den einzelnen Executionen hat man aufgeführt zu erzählen, so viele Widerlegliche sind bereits zu Satorj summarisch erschossen worden. — 1000 Leichen, theilweise der Desinfection wegen vermittelst Petroleum verbrannt, sind heute auf dem Marsfelde begraben worden.

— Der „Times“ wird aus Versailles vom Sonntage telegraphirt: „Die Ausständischen, welche das Fort Vincennes besetzt hielten, haben sich an den commandirenden Offizier der bayerischen Truppen in Champagne um freien Durchzug ohne Waffen durch die deutschen Linien gewandt, worauf der bayerische General den französischen Militärbehörden die Namen der Pariser Offiziere mit dem Ersuchen übermittelte, ihnen Pässe für die Schweiz zu verabsorgen und der übrigen Befehl das Leben zu verbürgen. General Vinoy sandte hierauf einen Stabs-offizier an den bayerischen General, um letzteren auf den Wortlaut der Convention aufmerksam zu machen, wonach Frankreich das Fort Vincennes in Besitz und das Recht hat, eine Garnison von 200 Mann daselbst zu unterhalten, selbst während der Zeit, daß deutsche Truppen noch in der Nähe des Forts stehen.“ In Romainville nahmen die Preußen am Sonnabend Abend 1000 flüchtige Communisten gefangen, worunter auch eine Anzahl bewaffneter Frauenzimmer. Die deutschen Vorposten wurden so nahe wie möglich an den Stadtwall vorgeschoben.

Italien. Florenz, 30. Mai. In den hiesigen Regierungen kreisen die Befürchtungen der auf die römische Frage Bezug habenden Depeschen und Noten in dem österreichischen Notbuche einen günstigen Eindruck hervorgebracht. Man erblickt in diesem Umstande gewissermaßen eine Rücksicht des österreichischen Reichkanzlers, die Schwierigkeiten, mit denen Italien zu kämpfen hat, nicht noch mehr zu vergrößern. Die allgemeine Landesverteidigungs-Commission hat nach eingehender Prüfung der verschiedenen Systeme für Küstenverteidigung durch Torpedos sich für das System Garvey entschieden, nach welchem jetzt Versuche im Großen angestellt werden.

Türkei. Ein Wiener Correspondent der „Allg. Ztg.“ schreibt: Ueber Trieste kommt aus Belgrad die angeblich „verlässliche“ Meldung: daß eine Allianz zwischen Serbien, Rumänien, Montenegro und Griechenland eine „vollbrachte Thatsache“ sei. Was Serbien und Montenegro angeht, so weiß ich darüber nichts zu sagen; so viel ist aber sicher, daß die Vertreter Griechenlands sowohl als Rumäniens sich bereits beeilen, jede Theilnahme ihrer Regierungen an der gedachten „Allianz“ auf das Entschiedenste in Abrede zu stellen.

Danzig, den 2. Juni. \* Heute Abend werden ca. 1200 französische Kriegsgefangene von hier per Bahn nach dem Rhein befördert.

Bermischtes. — Das Skelet eines Mannuth ist vor Kurzem bei den Ausgrabungen des Wallfischbais bei Steinbotten, im Braunsberger Kreise, gefunden worden. Der Schädel war unversehrt, nur die Knochen waren abgebrochen, die Brustknochen jedoch noch vorhanden. Die tiefenathen Knochengebilde erregten die Aufmerksamkeit der Arbeiter und wurden von ihnen zusammengetragen, um leider an einen Hausirer für einige Groschen verkauft zu werden. Nur der Schädel wurde gerettet und befindet sich gegenwärtig im naturhistorischen Museum zu Königsberg. Die eifrigsten Nachforschungen eines von dort an Ort und Stelle herübergekommenen Sachkundigen ergaben leider kein Resultat über die fehlenden Knochen, sie sind der Wissenschaft spurlos verloren gegangen.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung. Berlin, 1. Juni. Angewonnen 5 Uhr — Minuten. Es. v. 51. Es. v. 51.

|                |      |      |                     |       |       |
|----------------|------|------|---------------------|-------|-------|
| Weizen Juni    | 78   | —    | Preis, Sp. Ct. Ant  | 101   | 101½  |
| Sept.-Okt.     | 75½  | —    | Preis, Br. Ant.     | 119½  | 120   |
| Roggen bept.   | —    | —    | 31/2 Ct. Wpdr.      | 75½   | 76    |
| Regul.-Preis   | 51½  | 51½  | 4½ Ct. Wpdr. do.    | 82½   | 82    |
| Juni-Juli      | 51½  | —    | 41/2 Ct. do. do.    | 90    | 85½   |
| Juli-Aug.      | 52½  | —    | Dombarden           | 93½   | 93    |
| Petroleum,     | —    | —    | Rumänien            | 48    | 48½   |
| Juni 2000      | 131½ | 131½ | Amerikaner          | 97½   | 97½   |
| Kaffee 2000    | 26½  | 26½  | Oester. Banknoten   | 82½   | 82½   |
| Spir. matt,    | 16   | 20   | Russ. Banknoten     | 81    | 80½   |
| Juni-Juli      | 17   | —    | do. 1864-Br. Ant.   | 125   | 125   |
| Juli-Aug.      | 17   | —    | Italien             | 56½   | 56    |
| Nord-Schwarz.  | 101  | 101½ | Franken             | 1235½ | 1232½ |
| Nord-Bundesan. | 101  | 101½ | Belgische Cour. von | 6,24½ | 6,23½ |

Belgier Wechsel 80½.

Meteorologische Depesche vom 1. Juni. Barom. Temp. R. Wind. Strich. Himmelsanzt.

|            |       |          |         |                 |
|------------|-------|----------|---------|-----------------|
| Memel      | 329,6 | + 3,0 N  | i. Hart | trübe, Regen.   |
| Königsberg | 331,3 | + 1,8 NW | i. Hart | bed. N. m. Sch. |
| Danzig     | 333,5 | + 4,0 NW | i. Hart | bed.            |
| Cöslin     | —     | —        | —       | —               |
| Stettin    | 336,0 | + 5,7 NW | —       | —               |
| Putbus     | 333,4 | + 7,8 N  | —       | —               |
| Berlin     | 335,0 | + 5,6 W  | —       | —               |
| Bosen      | 332,9 | + 5,4 NW | —       | —               |
| Breslau    | 330,5 | + 4,8 W  | —       | —               |
| Röln       | 336,6 | + 6,4 NW | —       | —               |
| Erier      | 330,0 | + 6,0 NW | —       | —               |
| Hamburg    | 336,4 | + 6,7 W  | —       | —               |



